

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmögliche bestmögliche Blatt



Neukirch und Umgebung

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, S. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitig Millimeterzelle 10 Bg., drückende Anzeigen 8 Bg., im Textblock 10 mm breite Millimeterzelle 20 Bg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Druckpreis für den folgenden Tag: 10 Bg. für die Zeit eines halben Monats; frei ins Haus geliefert 12 Bg., beim Abholen in der Geschäftsstelle 10 Bg. Einzelnummer 10 Bg. (Sonntags- und Feiertagsnummer 15 Bg.)

Nr. 45

Sonnabend, den 21. Februar 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

* Auf einer Kohlengrube bei Schwelmer im Rheinland ereignete sich heute früh eine Schlagwetterexplosion. Bis jetzt sind 25 Tote festgestellt.

* In Graubünden wurde der Gashof „Zur Post“ in Platin durch eine große Lawine verschüttet, wobei 7 Menschen getötet wurden. Im Bezirk Clez in Ostital wurde ein Bauernhaus von einer Lawine verschüttet und 6 Personen getötet.

* In der Wandelhalle des Reichstages hat ein Besucher, der sich später als Vertreter der bayerischen Rentner ausgab, drei Schüsse aus einer Schrotflintenpistole abgegeben. Der staatsparteiliche Abg. Dr. Kälig hielt den Schützen fest, der von der Kriminalpolizei abgeführt wurde.

* Vor der Wiener Staatsoper wurde Freitagabend nach Schluß der Vorstellung ein Attentat verübt. Zwei junge Männer gaben etwa 10 bis 12 Revolverkugeln ab, die dem König von Albanien galt, aber zwei Herren seiner Begleitung trafen. Der Adjutant wurde durch einen Schuß getötet.

* Die Verletzung der Hütte Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke gibt durch Anschlag bekannt, daß die Hütte nunmehr mit dem heutigen Sonnabend stillgelegt und die gesamte Belegschaft entlassen werde. Die Entlassungspapiere werden nach der letzten Schicht ausgehändigt.

Der französische Haushalt für 1931/32 beläuft sich auf 13 Milliarden Franken, wobei nach zu berücksichtigenden ist, daß das Reichsministerium über große Kredite verfügt, die auf dem Wege von Regierungserlassen eröffnet werden können.

* Der Kapitän Langen von der norwegischen Südpolexpedition ist vom Flugzeug aus ein neues Land am Südpol entdeckt. Das Neuland erstreckt sich von 70,30 Grad südlich und 24,15 Grad östlich bis zu 68,40 Grad südlich und 33,30 Grad östlich. Mit Zustimmung des Königs hat das neue Gebiet den Namen Prinzessin Ragnhild-Land erhalten.

* Ausführliches an anderer Stelle.

Wann kommen die neuen Steuernotverordnungen?

Während man sich im Reichstag über allgemeine Dinge unterhält, fragen sich die künftigen Hebaner, wann die nächsten großen Steuernotverordnungen kommen, um die Gemeinden zu sanieren. Unmählich ist nun doch bekannt geworden, wie furchtbar die Finanzlage der meisten Kommunen ist. Mit Schreden haben die Verwaltungen einen Steuerrückgang festgestellt, der bisher gar nicht für möglich gehalten wurde. Die Sanierung der Gemeinden wird schon in den nächsten Wochen überall auf dem Wege sein. Die meisten Haushaltspläne für das am 31. März ablaufende Etatsjahr schließen mit einem gewaltigen Fehlbetrag ab. Die erhöhten Biersteuern und die Schankverzehrssteuern haben keine wesentlichen Erträge gebracht, weil der Bierverbrauch infolge der schwierigen Wirtschaftslage der Bevölkerung immer weiter zurückgeht und die Gaststätten fast leer sind. Die letzten Biersteuererhöhungen, die auf Grund der Notverordnungen der Reichsregierung eingeführt wurden, haben sich als ein schwerer Mißgriff erwiesen, ebenso die Schankverzehrssteuer, die nur überall böses Blut erregt hat. Die Erträge der Kopfsteuer sind auch nur sehr gering, so daß man jetzt bei den Gemeinden vor fast leeren Kassen steht. Riesige Beträge an kurzfristigen Schulden werden in den nächsten Monaten bei allen größeren Kommunalverwaltungen fällig, und neue Kredite gibt es nicht. Die Banken sind nicht in der Lage, die kurzfristigen Kredite in nennenswertem Umfang zu verlängern, da das Ausland sein Geld von den Großbanken zurückfordert. Was soll nun werden? Die Lage der Reichsfinanzen ist trostlos, ebenso die der Arbeitslosenversicherung, die bereits wieder in sehr erheblichem Umfang Reichsbeiträge in Anspruch nimmt. Das Reich verachtet sich jeden Monat auf möglichen und unmöglichen Wegen das notwendige Geld, um seinen dringendsten Verpflichtungen zu genügen. Die sogenannte „Sanierung“, die durch die Dezember-Notverordnung der Reichsregierung angestrebt wurde, ist schon lange vollkommen überholt. Von dem Reichsfinanzminister hat man schon lange nichts mehr gehört. Er wird sich auch schwer hüten, irgend etwas zu sagen, da die Lage völlig unübersichtlich, fast aussichtslos erscheint. Man streicht zwar an den Haushaltsplänen des Reiches, der Länder und der Gemeinden hier und dort etwas ab, entläßt Arbeiter und Angestellte, aber das ist doch alles nur ein

Tropfen auf den heißen Stein. Die Reichsregierung sagt vor allem nichts, wie sie die Gemeinden sanieren will. Hoffet etwa Brünning noch immer auf große Auslandsanleihen, die ihm die Sanierung der Gemeinden ermöglichen sollen? Die Dezember-Notverordnung war darauf gerichtet, nur den Reichsrat zu sanieren, während man die Gemeinden ihrem Schicksal überließ. Heute ist weder die Finanzlage beim Reich, noch bei den Ländern und Gemeinden auch nur einigermaßen geklärt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Februar. Kurz vor Beginn der Plenarberatungen trafen einige Fraktionen zu Fraktionsbesprechungen zusammen, und zwar der Christlichsozialen, die Wirtschaftspartei, das Zentrum und die Bayer. Volkspartei. Der Reichstag war mit zahlreichen Ausschüssen besetzt. Der Wirtschaftsausschuss beschäftigte sich mit landwirtschaftlichen Kredit- und Zinsfragen, der sozialpolitische Ausschuss mit der Entschädigung der gewerkschaftlichen Betriebsräte, der Rechtsausschuss mit Auslandsverträgen. Der Haushaltsausschuss setzte die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichsinnenministeriums fort. Auch an den Ausschüssen nahmen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten teil.

Auf der Tagesordnung der um 3 Uhr begonnenen Reichstagsberatung standen nur Geistes von geringerer allgemeinerpolitischer Bedeutung. Zunächst wurde die zweite Beratung des Verleumdungsbeschlusses behandelt. Es ging immer noch um den Schenkervertrag, für den sich niemand einsetzte. Außerdem liest der Zentrumsvizepräsident Georg Schatzl an den Abbaumaßnahmen der Reichsbahn, ebenso der Vertreter der Bayerischen Volkspartei Helmerich Reichsvertehrminister von Gumbert stellte Angaben über die Förderung des Baues des Rügen-Danms, beauftragte die weitestgehende Verwendung inländischer Baustoffe beim Wiederaufbau und befragte, daß tatsächlich wegen Mangels an ausreichenden Prüfungsmöglichkeiten die Probeprüfungen jetzt vielfach im Ausland vorgenommen würden. Damit hatte die Aussprache ihr Ende erreicht. Die Abstimmungen konnten, begleitet von den Schülern in der Wandelhalle, ihren Anfang nehmen.

Der Etat des Reichsoberverwaltungsministeriums wurde in zweiter Beratung angenommen. Es folgte die Abstimmung über die Preßgesetznovelle, durch die verboten wird, daß durch die Immunität geschützte Abgeordnete als verantwortliche Redakteure gelten. Die Novelle wurde in einfacher Schlußabstimmung gegen Kommunisten und Landvolk angenommen.

Dann folgte die zweite Beratung des Haushalts für die Kriegskosten. Abg. Kälig (Soz.) schildert die Notlage des besetzten Gebietes im Westen und fordert Reichshilfe. Um 1/8 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Schüsse in der Wandelhalle des Reichstags.

Berlin, 20. Februar. In der Wandelhalle des Reichstags ereignete sich heute in der sechsten Nachmittagsstunde ein eigenartiger Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der neugewählte Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Kälig, stand. Am hinteren Ende der Wandelhalle hielt sich seit längerer Zeit ein älterer Herr auf, der in den letzten Tagen schon wiederholt im Reichstag beobachtet worden war. Als Dr. Kälig, der mit seinem Sohne in der Wandelhalle promenierte, in die Nähe dieses Mannes kam, gab dieser mit einer Schrotflintenpistole auf etwa zehn Meter Entfernung drei Schüsse auf Dr. Kälig ab. Dr. Kälig sprang sofort auf den Mann zu und schloß ihn, der zu einem vierten Schuß angeklagen hatte, bei der Hand, so daß dieser Schuß nicht mehr abgefeuert werden konnte. Zeitweilig sprang ein Soldatener hinzu und hielt den Mann fest. Der Schütze ließ sich ohne Widerstand festhalten und gab Dr. Kälig in aufgeregten Worten sein Bedauern zu erkennen, es tue ihm sehr leid, aber er sei als Vertreter der Kleinrentner von zahlreichen Abgeordneten immer wieder abgepöbelt worden und habe sich schließlich keinen anderen Rat gewagt, sich bemerkbar zu machen.

Der Täter ist ein gewisser Schmidt aus Würzburg, der sich zur Zeit in einem Berliner Hospiz aufhält. Um einen Geisteskranken scheint es sich nicht zu handeln, denn der Täter konnte Ausweise vorgezeigt, wonach er Vertreter verschiedener Kameradschaften ist. Er gab an, daß er bei den Abgeordneten in den letzten Tagen vergeblich vorstellig geworden sei und nicht unrichtiger Dinge nach Hause zurückkehren wolle. Er hat deshalb einige Schrotflinten abgegeben, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Wieder ein Raubüberfall auf eine Kreisparke.

Berlin, 21. Februar. Mit vorgehaltenem Revolver drangen heute früh gegen 1/9 Uhr zwei junge Burschen in die Kreisparke des Kreises Niederbarnim in Hoppenheudorf ein. Sie raubten etwa 3000 Mark und entkamen mit der Beute.

Schlagwetterexplosion bei Schwelmer.

Bisher 25 Tote.

Schwelmer, 21. Febr. Auf der in Rothberg bei Schwelmer gelegenen Grube Schwelmer Referoe ereignete sich heute früh eine Schlagwetterexplosion. Vermutlich ist der Herd der Explosion ein blinder Schacht, der nicht zulage hervorgeht, sondern lediglich eine Verbindung zwischen einem größeren Abbau und der 600-Meter-Sohle — auf der sich die Explosion ereignete — bildet. Der kleine Blindschacht ist wahrscheinlich zu Bruch gegangen.

Bis 11.40 Uhr 25 Tote festgestellt.

Mach, 21. Febr. Nach dem amtlichen Bericht des Bergamtes in Dören, um 11.40 Uhr vormittags hat das Unglück bei Schwelmer 25 Todesopfer gefordert. 4 Personen wurden schwer verletzt, 2 oder 3 Bergleute sind noch eingeschlossen. 10 Mann erlitten Gasvergiftungen.

Auffeherregende Verhaftungen in Stuttgart.

Stuttgart, 21. Februar. Dr. Friedrich Wolf, der bekannte Stuttgarter Arzt und Schriftsteller — Verfasser des gegen den Abtreibungsparagraphen gerichteten Stückes „Spankoll“ — ist gestern wegen Verbrechen nach § 218 verhaftet worden, ebenso die Stuttgarter Berlin für Hautkrankheiten, Frau Dr. Else Jacobson-Klein. Die Verteidigung der beiden haben Dr. Elias, Stuttgart, und Dr. Apfel, Berlin, übernommen. Die Verhaftung Dr. Wolfs erfolgte am Donnerstagabend in seiner Wohnung. Der Fall erregt überall großes Aufsehen, da Dr. Wolf einer der Führer im Kampfe gegen die Abtreibungsparagraphen im Deutschen Strafgesetzbuch ist.

Politische Überfälle in Berlin.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Meldung.) In einem Lokal in Siemensstadt fand gestern Abend ein öffentlicher Sprechabend der Nationalsozialisten statt, der von Kommunisten gestört wurde. Es kam zu einer Schlägerei. Polizei konnte jedoch die Streitenden bald von einander trennen. Vier Kommunisten wurden zwangsweise, einer von ihnen war im Besitz eines Dolches. Nach Beendigung des Sprechabends wurde ein 24jähriger Nationalsozialist auf dem Heimweg von mehreren politischen Gegnern überfallen und durch zwei Messerstücke schwer verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Um dieselbe Zeit versuchten Kommunisten an der Ecke der Siemens- und Voltastraße in ein nationalsozialistisches Lokal einzudringen, wobei sie eine Schaulustenscheibe einschlugen. Beim Eintreffen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet, doch konnten acht von ihnen noch ergriffen werden. Hierbei wurden auf die Polizeibeamten drei Schüsse abgegeben, die aber ihr Ziel verfehlten.

Stührs Brief an den Reichspräsidenten.

Das 8-Uhr-Abendblatt hat berichtet, der nationalsozialistische Reichstagsabg. Stühr habe eine Einladung zu einem der üblichen parlamentarischen Abendessen beim Reichspräsidenten mit der Begründung abgelehnt, daß es sich „ihm als deutschem Arbeiterführer grundsätzlich verbiete, eine Einladung dieses Reichspräsidenten anzunehmen“. Wir haben diese Meldung des Berliner Blattes am 18. Februar berichtend wiedergegeben. Jetzt veröffentlicht Stühr nun den Wortlaut seines Schreibens, der, wenn er auch eine Ablehnung enthält, doch die Behauptungen des Berliner Blattes nicht rechtfertigt. Das Schreiben lautet nämlich wie folgt:

Ein das Büro des Reichspräsidenten, Berlin W 8, Wilhelmstraße 78.

Sch danke ergebenst für die Einladung zum Abendessen beim Herrn Reichspräsidenten am 23. dieses Monats, bitte aber mein Fernwollen entschuldigen zu wollen, da ich befürgen muß, daß an dieser Veranstaltung auch Persönlichkeiten teilnehmen werden, mit denen gesellschaftlich zu verkehren ich auf Grund meiner politischen Anschauung ablehnen muß. Als einladend, aus dem Arbeiterstand hervorgegangenem und Arbeiterinteressen dienenden Mann widerstrebt es mir außerdem, im Frau zu erscheinen, ganz abgesehen davon, daß ich ein solches Arbeitsverhältnis nicht befinde und mir auch kaum jemals aneignen werde.

gez. Stühr, M. d. N. Vizepräsident des Deutschen Reichstages.